

d) Die südlichen slaventhalenden Agricultur-Staaten, welche in Baumwolle, Reis und Tabak die Hauptstapelartikel des diesseitigen Exports liefern.

Das nun in den ackerbautreibenden und in den Industrie-Staaten der Union eine beträchtliche Verschiedenheit der Interessen bezüglich der Zollbesteuerung ausländischer Waaren und Fabrikate sich geltend machen muß, liegt auf der Hand; sämtliche Ackerbaustaaten können nur eine möglichste Reduction der Einfuhrzölle wünschenswerth finden, während die östlichen Fabrik-Districte (Neu-England und Pennsylvanien hauptsächlich) am liebsten einen Protectionstaxtarif sähen.

In Uebereinstimmung mit den Ackerbau-Staaten (slaventhalenden und nicht-slaventhalenden) haben die großen Seehandelsplätze der Union von jeher Freihandelstheorien befürwortet — und haben dieselben allein deshalb in der Vereinigten-Staaten-Gesetzgebung den Sieg nicht davon getragen, weil die Zölle fast die einzige Einnahmequelle der Föderalregierung bilden, die Beschaffung der Bundeschasmittel auf dem Wege der directen Besteuerung aber nicht thunlich ist.

Abgesehen von dieser Verschiedenheit der ökonomischen Interessen bezüglich der Tarifffrage haben wir aber innerhalb der Union einen andern wirthschaftlichen Gegensatz, der durch die freie und durch die Slavenarbeit hervorgerufen wird. Letztere drängt auf die Arrondirung großer compacte Plantagen mit dünner Bevölkerung, während erstere Parcellirung des Bodens mit möglichster Ausbeutung bei dichter Population anstrebt. — Ein solch diametraler Gegensatz konnte bei dem Vorhandensein der großen westlichen, der Besiedlung und Andauung offenen Territorien der Vereinigten Staaten unmöglich zu etwas Anderem als zu fortwährenden Reibungen führen!

Und so haben wir denn in der Tarifffrage einerseits und in der Art der Besiedelung der westlichen Territorien andererseits seit 30 Jahren zwei Zankäpfel, welche den politischen Demagogen schon vielfache Gelegenheit zur Anstiftung von Unruhen gegeben und jetzt gar zur Bildung eines Sonderbundes geführt haben.

In 1832—33 war es die Tarifffrage, welche den Politikern Anlaß zur Auflehnung gegen die Vereinigten-Staaten-Regierung bot. Damals, wie heute, ging die Bewegung von dem Hauptunruhestifter, dem Staate Süd-Carolina aus; nur brach sich der Aufstand in 1832—33 sofort an dem energischen Widerstand des Präsidenten Jackson, welcher jeden Rebellen zu hängen drohte und so eine Ausbreitung des Aufsturus verhütete, während in 1860 die Unentschlossenheit des Präsidenten Buchanan und die Unterstützung, die einige seiner Minister der Sonderbundsbewegung zu Theil werden ließen, dieser erlaubte, sich in sechs Wochen über sieben Unionsstaaten auszudehnen!

In 1819—20 hatte die Territorialfrage bei Gelegenheit der Organisation des Staates Missouri zum ersten Male den ökonomischen Gegensatz der Bodenbewirthschaftung durch Slaven oder durch freie Arbeiter in die politische Arena eingeführt — und einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Parteien des Landes ausgeübt. — Doch gelang es den damaligen Staatsmännern noch, den sich hierauf gründenden Conflict durch das sogenannte Missouri-Compromiß (durch welches die Sklaverei nördlich vom 36. Breitengrad ausgeschlossen wurde) zu beseitigen.

Ende 1853 beantragte Stephan A. Douglas nicht allein die Aufhebung des Missouri-Compromißes, sondern wollte auch die Einführung oder Ausschließung der Sklaverei den Ansiedlern durch Entscheidung durch Stimmenmehrheit überlassen wissen.

Der verderbliche Antrag wurde zum Gesetz erhoben. Von diesem Augenblicke ab datiren sich die gegenwärtigen Unruhen, denn wenn man in 1853 der Bundesregierung den definitiven Entscheid über die wichtigste staatliche Einrichtung in den von ihr erworbenen Territorien abnahm und denselben den betreffenden Ansiedlern zu Recht übergab, so war es nur einfache Consequenz, daß man in 1860 geradezu erklärte: „ein Staat der Union könne, obwohl durch heiligen Vertrag an dieselbe gebunden, obwohl (wie es in Bezug auf Florida, Louisiana und zum Theil auch Texas der Fall ist) von der Union für die Union gekauft, dennoch durch Stimmenmehrheit seiner Bürger rechtlich aus dem Unionsverbande austreten!“

Doch es ist nöthig, noch einen Augenblick zurückzugreifen! Bei der Präsidenten-Wahlcampagne von 1856 traten bereits, zufolge der Agitation, die sich an die Aufhebung des Missouri-Compromißes knüpfte, zwei Hauptparteien ins Feld, von denen die eine mit kurzen Worten als slavereifreundlich, die andere als eine Antislaverei-Partei zu bezeichnen ist. Die erstere war und ist identisch mit den Anhängern der unbedingten Volkssouverainetät und den Vertretern der „Staaten-Rechte“ (dem Bunde gegenüber); die andere hält und hielt die Union als über den einzelnen Staaten und deren Regierungen stehend, und stellt sich darum jetzt auf die Seite der Bundesregierung zur Unterdrückung der Sonderbundsbewegung. — Die Slaventhalerpartei vermochte 1856 ihren Candidaten durch geschickte Manoevre und Drohungen mit Austritt der südlichen

Staaten aus der Union durchzusetzen. Dieselben Drohungen wiederholten sich im Jahre 1860, jedoch entschieden lecker und entschlossener. Die Anti-Slavereipartei kannte jedoch die Ziele der Gegner besser, und so wurde jetzt, trotz der heftigen Drohungen einer Zertrümmerung der Union, Abraham Lincoln von Illinois am 6. November 1860 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

Kaum war indessen das Resultat der Wahl bekannt, so fingen die Demagogen der südlichen Staaten (welche im Ministerrath des Präsidenten Buchanan, dessen Regierungszeit bis zum 4. März 1861 zu dauern hatte, mehrere Anhänger wußten) auch schon an, ihre Drohungen in Vollzug zu setzen.

Wie schon erwähnt, ging die Bewegung von Süd-Carolina aus, und zwar resignirten die daselbst stationirten Bundesbeamten und brachten so mit einem Schlage die Maschine der Bundesregierung für den Staat Süd-Carolina zum vollständigen Stillstand. — Richter, Zoll- und Postbeamte resignirten zu gleicher Zeit und stellten, noch ehe ihre Resignation in Washington angenommen war, ihre Dienste dem Gouverneur von Süd-Carolina zur Verfügung. — Andere Beamte zu ernennen und so die Autorität der Vereinigten Staaten wieder herzustellen, dazu hatte Präsident Buchanan seine Scrupel, da er nicht glaubte berechtigt zu sein, dem Willen des Volkes von Süd-Carolina entgegen zu handeln.

Während er so nichts zur Hemmung des Aufsturus that, berief der Gouverneur von Süd-Carolina den gesetzgebenden Körper seines Staates in Sitzung und beschloß dieser am 27. November die Erwählung einer Extra-Convention, welche am 17. December zusammentreten und über Abwendung der Gefahren, die dem Staate durch die Ernennung des Präsidenten Lincoln angeblicher Weise drohten, berathen und beschließen sollte. — Diese Convention trat am 17. December zusammen und erklärte bereits 3 Tage später den Staat Süd-Carolina für ausgetreten aus der nordamerikanischen Union.

Nun folgten die Ereignisse Schlag auf Schlag! In weniger als sechs Wochen traten wieder 5 Staaten aus der Union (Mississippi am 9. Januar 1861, Florida am 10., Alabama am 11., Georgia am 19. und Louisiana am 26.), und kurze Zeit darauf schloß sich Texas den anderen an.

Kaum hatten diese Staaten sich nominell aus der Union erklärt, so verlangten sie auch von allen den innerhalb ihrer Grenzen commandirenden Vereinigten-Staaten-Officieren die Uebergabe der betreffenden Vereinigten-Staaten-Festungen und Arsenale auf Grund ihrer angeblichen staatlichen Souverainetät. Leider haben viele Officiere ihren Dienst eidgebrochen und den Sonderbündlern, mit denen sie durchaus sympathisirten, mit Freuden ihre Posten überliefert; andere hatten zu wenig Mannschaft, um sich vertheidigen zu können — und so blieb der Bundesregierung in kurzer Zeit von den zahlreichen, innerhalb der genannten Staaten gelegenen Festungen und Arsenalen nur das einzige Hafensort Sumter im Hafen von Charleston, und Fort Pickens in Florida, eine Festung von großer Bedeutung.

Einmal im Besitz der Vereinigten-Staaten-Forts und Arsenale nahmen die Sonderbündler auch bald die Regierungscassen und alles sonstige Bundeseigenthum (Schiffe, Zollcuter etc.), worauf sie nur immer ihre Hand legen konnten, weg; und solchem Treiben gegenüber erklärte sich Präsident Buchanan incompetent zum Einschreiten, weil die Constitution der Vereinigten Staaten für den Fall eines Unionsbruchs Seitens eines Unionsstaates keine gesetzliche Bestimmung enthalte!

Mittlerweile wurden Thatsachen bekannt, welche die Complication mehrerer Minister des Präsidenten Buchanan mit dem Aufsture außer Frage stellten. Denn schon am 17. December war der greise Staatsminister Cass, weil er das Treiben einiger seiner Collegen durchschaute und keine weitere Berührung mit denselben wünschte, aus dem Cabinet ausgeschieden, und am 23. bereits entdeckte man, daß im Bureau für Indianer-Angelegenheiten zu Washington nahe an 3 Millionen Dollars Securitäten entwendet, an der New-Yorker Börse zum Verkauf gebracht und, wie man im Publicum allgemein sagte, zur Organisation der Sonderbundsbewegung verwendet waren!

Wenige Tage hierauf erfuhr man, daß der Kriegsminister Floyd im Namen des Kriegsministeriums nicht nachwies, was aus den eingegangenen Fonds geworden war.

Die Minister beider Büreaus resignirten, sobald die Nachricht hiervon in das Publicum drang, und begaben sich direct von Washington in das Lager der Sonderbündler!

Doch neue Enthüllungen standen bevor, als der ehrwürdige General Dix das Portefeuille übernahm. Nicht allein, daß die Hauptmasse der Vereinigten-Staaten-Truppen von Herrn Floyd nach dem entfernten Westen geschickt und die Regierung dadurch vollständig von allen militairischen Mitteln entblößt war, den Aufstand in rascher Weise zu ersticken, es waren auch die Vereinigten-Staaten-Arsenale in den nördlichen Staaten seit Jahr und Tag von allen brauchbaren Waffen auf Ordre des Kriegsministers reinweg ausgelegt worden, und in liebenswürdigem Wettstreit mit dem Kriegsminister hatte der Marineminister fast alle Kriegsschiffe nach fernen Stationen beordert, so daß Monate